

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 65 (1971)
Heft: 4

Rubrik: Informationen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und auf eigene Verantwortung hin handeln. Er muß in ungesicherter Freiheit das neutestamentliche Gebot der Liebe erfüllen, bereit zu allen Risiken und ohne Angst vor Fehlentscheidungen. Auch der christliche Revolutionär ist von diesem Risiko nicht entlastet.» — Die Auseinandersetzungen mit der «Theologie der Revolution» werden auch nichttheologische Leser nicht daran hindern, die in leichtverständlicher Sprache geschriebenen Erörterungen über die wichtigen Fragen, die sich dem Christen stellen, zu verfolgen. B. W.

LEONHARD RAGAZ: Die Gleichnisse Jesu. Seine soziale Botschaft. Mit einem Nachwort von Andreas Lindt. 1971. Furche-Verlag Hamburg. Fr. 7.50.

«Die Gleichnisse Jesu» als eines der sehr wichtigen Bücher von Leonhard Ragaz, ist schon lange vom Büchermarkt verschwunden und war kaum antiquarisch zu finden. So ist es ein wahres Geschenk, daß sie nun in der Reihe der «Stundenbücher» neu herauskommen. — In der Form eines Dialogs zwischen dem Autor und einem Fragenden wird der ganze revolutionäre Gehalt aus den Gleichnissen — Jesu soziale Botschaft — herausgeholt. Ragaz sagt dazu im Vorwort: «Man hat sich darüber auf alle Art gestritten, hat diese soziale Botschaft Jesu, oder den sozialen Sinn seiner Botschaft, sogar geleugnet, in fast unbegreiflicher Blindheit, oder ihn etwa auch am falschen Ort gesehen, aber man hat ihn nicht, oder doch nicht genügend, da gesehen, wo er aufstrahlt wie die Sonne in ihrer Macht: in den Gleichnissen. . . . Damit werden diese geradezu die Botschaft für diese unsere Zeit, wo Christus und die soziale Weltrevolution, bewußt oder unbewußt, mit noch nie dagewesener Leidenschaft einander suchen.» B. W.

Cabora Bassa, Modellfall westlicher Entwicklungspolitik. 1971. Kandelaber-Verlag Bern. Fr. 9.80.

In dieser ersten Nummer einer sozial-ethischen Reihe «Diskurs» hat ein Autorenkollektiv der «Arbeitsgruppe Dritte Welt» eine Dokumentation zusammengestellt, die auf dem Hintergrund des portugiesischen Kolonialismus und der südafrikanischen Politik der Apartheid die ganze Rassenpolitik um den projektierten Staudamm von Cabora Bassa umreißt. Der Staudamm, der seiner Produktionsmenge nach zu den größten gehören wird, soll große Mengen des erzeugten Stromes billig nach Südafrika liefern und im eigenen Land dazu beitragen, die umfangreichen Erzlager zu heben. Die schwarzen Einwohner sollen teilweise umgesiedelt werden, um einer Million Portugiesen Platz zu machen, die für die weißen Herren die schwarze Bevölkerung aus ihrer Heimat verdrängen sollen.

Das Bedrückende an der ganzen Dokumentation ist, daß wenig Aussicht zu bestehen scheint, das Projekt zu verhindern. In unserer Gesellschaft gilt jedes Sonderrecht mehr als das Recht jedes Menschen zu leben. B. W.

Informationen

Bericht aus Nord-Ost-Brasilien, 20. bis 30. November 1970

IFOR: Indem wir von Puerto Rico nach Trinidad fahren, passieren wir das holländische Surinam und erreichen Brasilien in Belem, eine rasch aufstrebende Stadt im Norden. Sie ist das Tor zum Amazonasbecken, welches Brasilien soeben zu «zivilisieren» beginnt. Von dort aus reisten wir nach Ceara, einem Staate des Nordostens, aufgrund einer Einladung

von Dom Frago, dem Bischof von Cratús, einem der tapfersten und wirklich interessierten Bischöfen von Brasilien. Er hatte für uns unsere Arbeit in Cratús, Sobral und in der Hauptstadt von Ceará, Fortaleza, einer Stadt von 800 000 Einwohnern mit Universität, vorbereitet. Wir begannen in Cratús, welche in der Sertao, einer Dürrezone, gelegen ist. Da es das ganze letzte Jahr nie geregnet hatte, war die ganze Vegetation verdorrt und die Leiden der Bevölkerung sind unbeschreiblich. Zum ersten Mal hat die Bundesregierung, aufgrund gewaltfreien Druckes vonseiten der «flagelados» (der von der Trockenheit Geschlagenen), eine minimale Hilfsaktion gestartet, indem die Bauern der Dürrezone im Straßenbau beschäftigt werden. Doch der Lohn, den die Regierung für diese Arbeit bezahlt, beträgt nur die Hälfte des offiziell festgestellten Minimallohnes. Deshalb sind die körperlichen Leiden erheblich. Hinter dieser Tatsache steht die Tragödie, daß diese Region bewässert werden könnte. Es gäbe genug Wasser, sowohl von Regenfällen, als auch Grundwasser. Drei jährliche Ernten könnten durch Bewässerung und Düngung erhalten werden. Doch Brasilien fährt fort, einen innerstaatlichen Kolonialismus zu unterhalten: der industrialisierte Süden beutet den landwirtschaftlichen Norden aus. Es besteht wenig Interesse, den Norden zu entwickeln und wenn schon, dann sind es Industriefirmen des Südens und die Profite wandern in den Süden. Hunger, Arbeitslosigkeit, zu wenig Schulbildung und alle anderen Folgen der Unterentwicklung werden deshalb das Schicksal der 22 Millionen Einwohner des N o r d o s t e n s für mindestens weitere zehn Jahre sein.

Politisch hat sich die Lage seit einem Jahr, seit Jean dort war, in Brasilien nicht geändert. Die Unterdrückung der Jugend und der fortschrittlichen Gruppen der Kirche setzt sich auf die selbe Weise und mit den selben Mitteln fort, vielleicht noch chaotischer, weil sich anscheinend der Präsident der Republik nicht in der Lage sieht, die verschiedenen Kräfte der Polizei und der Armee zu kontrollieren, welche die Unterdrückungen ausüben. Die Stadtguerillas setzen ihre Angriffe fort, vor allem in den großen Städten des Südens, während die Unterdrückung durch die Polizei mehr und mehr wirksam wird. Die Masse der Bevölkerung, eingeschüchtert durch Angst, überläßt sich passiv der Lage. Die äußerste Schwäche der oberen Mittelklasse und weiter Teile der Kirche (es gibt viele Christen, welche die Unterdrückungen im Namen des Evangeliums begrüßen), war die enttäuschendste und entmutigendste Erfahrung während diesen Tagen (aber fänden wir eine bessere Einstellung unter gleichen Bedingungen in Europa?). Ohne ihr Schweigen und ihre Unterstützung könnte eine solche Regierungsweise nicht weiterexistieren.

Allein, eine Zeugnisabgabe bezüglich Wahrheit und Gerechtigkeit durch eine gewaltfreie Aktion ist sogar unter solchen Umständen möglich. Und während auf der einen Seite Feigheit besteht, so wächst aber

auch Heldenhaftigkeit in unbekanntem Maß in diesem Lande heran. Dom Fragoso hatte uns geschrieben: «Ich glaube, daß es äußerst dringend ist, hier die Botschaft des Kampfes für Gerechtigkeit bis zum Tode (ohne je einen Mitmenschen zu töten) bekannt zu machen . . . Man muß nur den Mut dazu haben, das Zeugnis abzulegen und offen zu sprechen . . .»

Wir fingen unsere Arbeit mit kleinen Gruppen an: Ein Kurs von drei Tagen; jeden Morgen mit denen, welche die grundlegenden Dienste in dieser Diözese ausüben, mit Menschen, welche direkt mit den Armen zu tun haben. Es ist eine große Verbitterung festzustellen, und, begreiflicherweise, ein Hang, Gewalttätigkeit als ein «erfolgreicheres und rascheres Mittel» vorzuziehen. Aber nach und nach entdeckte die Gruppe nicht nur den Sinn einer gewaltfreien Aktion, sondern sie selbst wiesen darauf hin, wie die Armen von sich aus auf manche gewaltfreie Vorstöße kamen, um von der Regierung Arbeit, Land und Nahrungsmittel zu erhalten und allzugroße Ungerechtigkeiten zu überwinden. Unmittelbar erkannten sie, daß dies ihre erfolgreichste Waffe ist. Sie haben nur noch weiter zu entdecken, sie in einer anhaltenden, sachgemäßen Art anzuwenden und mehr über ihre Vorbereitung und ihren Einsatz zu lernen. Als die Dürre begonnen hatte, hatten achthundert Bauern ruhig und waffenlos die Stadt besetzt und verließen sie nicht mehr, bis ihnen Arbeit zugesichert war. Mehr und mehr kommt der Kirche in dieser Diözese die führende Stellung in diesem Kampf zu.

An den Abenden sprachen wir zu größeren Gruppen von für die Entwicklung der Bezirke der Stadt und der Landschaft verantwortlichen Komitees. Während den Nachmittagen suchten wir die Verbindung mit der Opposition aufzunehmen, mit den Landbesitzern, der Opposition in der Kirche, den militärischen und polizeilichen Chefs, denn die Bewußtseinsbildung muß in beiden Lagern vor sich gehen. Wir dürfen nie die Überzeugung verlieren, daß auch die Gegner Menschen mit einem Gewissen sind, oft nur Gefangene des Regimes, passiv aus Angst, aber wie jedermann auch fähig, eine Sache zu untersuchen und die Wahrheit zu sagen. Die Trennungsräben, aufgrund der auferlegten Leiden, sind tief und bitter und die Arbeit ist sehr schwer, aber Gott ist gegenwärtig mit seiner Macht der Wahrheit. Dom Fragoso nahm, wenn immer möglich, teil an diesen Zusammenkünften. Trotz ununterbrochenen Angriffen, trotz großen Leiden bleibt er der Fels des Glaubens, indem er die Diözese aufbaut, ein verantwortungsbewußtes, reifes und sachverständiges Gottesvolk. Außerhalb seiner Diözese, im ganzen Land, ja in ganz Lateinamerika, gibt er vielen Kraft und Mut, die über ihre Kirche von passiven Beobachtern und Regimetreuen verzweifelt sind. Hier ist das Evangelium lebendig.

Von hier aus gingen wir für zwei Tage nach Sobral, einer Stadt von 70 000 Einwohnern mit Sekundarschulen und einigen Universitätscolleges.

Hier, mit Ausnahme einiger weniger mutiger Sozialarbeiter und Personen, welche Erwachsenenbildung betreiben, begegneten wir dem typischen konservativen Brasilien: passive Annahme der Ungerechtigkeiten, leere Worte für die Armen, erzwungenes Schweigen und Passivität für solche, die tätig sein möchten . . . Wir arbeiteten außerordentlich angestrengt, indem wir in unserem eigenen Bewußtsein das psychologische Schwergewicht erwogen unter solchen Umständen zu leben und zu arbeiten. Sogar hier aber fanden die Kirchenführer die Kraft, für solche einzustehen, die in ihrer Diözese verhaftet worden waren. Es gibt in der Bibel ein schreckliches Wort über die Lauen . . .

Schließlich verbrachten wir noch vier Tage in Fortaleza, der Hauptstadt von Ceará. Wir arbeiteten in dieser Stadt zum ersten Mal, doch, aufgrund der Empfehlungen durch Dom Fragoso, war für uns ein gutes und umfangreiches Programm an Vorlesungen vorbereitet worden. Dieser Aufenthalt erlaubte uns, Beziehungen anzuknüpfen, die in Zukunft dazu dienen werden, eine Ausgangslage für eine tiefergehende Arbeit in der Form von Kursen zu schaffen. Wir sprachen an dem Institut für Naturwissenschaft und Theologie, wir hielten Vorträge vor der Versammlung der Priester und Religiösen der Diözese und auch in Colleges; wir gaben ein Presseinterview über die Ziele und die internationale Arbeit des IFOR, auch sprachen wir kurz am Fernsehen. Wir hatten auch zahlreiche Begegnungen mit Menschen, welche in großen Schwierigkeiten leben. Verschiedene führende Katholiken nahmen an unseren Vorlesungen teil und bestanden darauf, daß wir in einigen Monaten in dieser Diözese einen Kurs für kämpferische Christen abhalten sollten.

Den letzten Abend verbrachten wir in einem sehr großen Vorort namens Pirambú. Gegenwärtig leben in diesem Distrikt 80 000 Menschen. Da sie, anlässlich der letzten Zuzüge aus dem Inneren, bei den Armen und Ungebildeten angesiedelt wurden, hält Fortaleza Pirambú für den Distrikt der Diebe und der Mörder. Sie sollten Land haben, um ihre Hütten zu bauen, sie sollten Rodungsarbeiten tun können. . . . Unter der Führung ihres Priesters, der nun Bischof im Inneren ist, entschlossen sie sich, nach Fortaleza zu marschieren. Es sollte nicht ein Anklagemarsch sein, sondern ein Marsch, um die Haltung der Stadt gegen sie zu verändern, ihr Bewußtsein gegenüber ihrem Los zu öffnen. Sie bereiteten den Marsch während eines ganzen Monats auf den Dezember 1970 vor. Sie komponierten einen besonderen Song, in dem sie bekannten: «Wir sind Menschen mit Rechten, die niemand uns rauben darf; wir sind Christen, die soziale Veränderung verursachen wollen und Christus ist unser Ideal . . .» 20 000 marschierten nach Fortaleza. Der Bürgermeister und der Gouverneur hatten die Stadt verlassen, weil sie fürchteten, daß sie die Stadt ausrauben und anzünden würden. Doch der Erzbischof empfing sie auf der Straße vor der Kathedrale. Sie sangen, diskutierten und planten . . . und die Bevölkerung von Fortaleza wurde von der Ehr-

barkeit und Menschlichkeit der Bevölkerung von Pirambú überzeugt. Dies war der Beginn eines neuen, verantwortungsbewußten und demokratischen Gemeinschaftslebens in diesem Distrikt — welches selbstverständlich bei einer Bevölkerung von 80 000 immer noch mit sehr schweren Problemen zu kämpfen hat. Doch sie haben etwas von der neu entdeckten Kraft zu Veränderungen gelernt, die in ihnen selbst liegt. Wir verbrachten dort einen sehr interessanten und mutschaffenden Abend unter ihnen. Unsere Überzeugung wurde aufs neue bestätigt, daß es das Volk der Armen ist, nicht die Intellektuellen, welche die Macht der Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit kraftvoll zur Anwendung bringen, die Macht, die Gott dem Menschen geschenkt hat; diese ist tatsächlich der Arm der Armen.

Wir mußten über Rio de Janeiro nach Mexiko zurückfahren. Dort trafen wir unsere alten und mutigen gewaltfreien Mitarbeiter, welche uns gute Nachrichten zu bringen hatte: Eine wachsende Anzahl von überzeugten brasilianischen Bischöfen steht für eine gewaltfreie Aktion ein und hat 1971 für jeden Sonntag einen Hirtenbrief über das Thema «Versöhnung» unter Einzelpersonen, in der der Gesellschaft, wie man für Gerechtigkeit eintreten soll etc., ausgearbeitet. Er wird in ganz Brasilien, in allen 5400 Gemeinden, verwendet werden.

Militärdienstverweigerer — Verräter oder Mahner?

Eine Volksabstimmung anläßlich des Prozesses Jesu: Wer soll begnadigt werden? Welcher von den beiden — Jesus oder Barrabas? Auch wir sind gefragt: auf welchen wollen wir setzen, den gewaltlosen Befreier oder den gewalttätigen Rebellen? Auf Jesus, der im Weltmaßstab Freiheit anbot, oder auf Barabbas, der mit Gewalt eine Provinz aus dem römischen Weltreich brechen wollte? Auf den Nazarener oder auf den Zeloten? Auf den, der selber abkratzte, oder auf den, der zurückkratzte? Wir sind gefragt. Nachdenken und Entscheidung kann uns keiner abnehmen, auch unser Volk nicht, auch seine Verfassung nicht. Die persönliche Militärdienstleistung ist e i n e Möglichkeit, sich zu entscheiden. Sie steht heute zur Diskussion — im Blick auf diejenigen, die das Nein und damit das Gefängnis wählen. Die andern sind damit nicht aus der Frage und aus ihrem Christsein entlassen.

«Ob Kriegersleute auch in seligem Stand sein können?» — Die christliche Kirche hat auf Luthers Frage sehr verschieden geantwortet. Die Kirche der ersten drei Jahrhunderte lehnte Krieg und Kriegshandwerk im allgemeinen ab. Ein freiwilliges Mitmachen bei den Großmachtplänen des Römischen Reiches konnte ohnehin nicht in Frage kommen.

Unmißverständlich äußerte sich Cyprian: «Die Welt trieft von Blut; sie bezeichnet den Mord als ein Verbrechen, wenn die Einzelnen ihn aus-

üben, jedoch als eine ruhmreiche Tugend, wenn er im Namen des Staates begangen wird. Nicht für die Unschuld, sondern für die ungeheuerlichste Barbarei wird Straflosigkeit zugesichert. Es ist den Christen jedoch in keinem Fall erlaubt zu töten; eher müssen sie sich töten lassen. Es ist Unschuldigen verboten, selbst einen Schuldigen umzubringen.» Karl Barth kennzeichnet die damalige Lage: «Eine fast allgemeine stille, aber nur um so selbstverständlichere Fremdheit der Gemeinde gegenüber der ganzen Welt des Krieges und der Kriegsführung und noch bei Origenes, Tertullian, Cyprian, Lactanz die ausdrücklichsten Erklärungen, daß die Militia Christi mit der aktiven Teilnahme an der militärischen Welt unvereinbar sei. Und so auch Märtyrer um dessentwillen, was wir heute 'Dienstverweigerung' nennen.»

Anläßlich der konstantinischen Wende wird aber bereits 314 auf dem Konzil zu Arles für Dienstverweigerer die höchste Kirchenstrafe, die Exkommunikation, ausgesprochen. «Es liegt am Tage», so beurteilt Karl Barth diese Epoche, «daß die Elastizität, mit der sich die Kirche seit Konstantin auf Krieg und Kriegsgeschrei positiv eingelassen hat, um die nichtmilitärische Existenz den Priestern und Mönchen vorzubehalten, der neutestamentlichen Lebenserkennnis sehr viel weniger gerecht wurde.» Zuerst Märtyrer der Kirche, dann exkommuniziert von der eigenen Kirche — innert weniger Jahrzehnte ist der Umschwung erfolgt.

Was bedeuten uns Militärdienstverweigerer? Märtyrer oder aus der Gemeinschaft Ausgeschlossene, Mahner oder Verräter?

Eines steht fest: Die Welt, auch unser Land, war immer wieder angewiesen auf die Friedensstifter. Jesus, Franz von Assisi, Niklaus von der Flüe — wir wären arm ohne sie. Der Einsiedler im Ranft: er war zunächst Landammann und Hauptmann der kämpfenden eidgenössischen Truppen. Eines Tages entsagte er der Macht des Schwertes und wurde als Mann des Friedens zum Retter unseres Landes. Die Außenseiter der Reformation, Erasmus und die Täufer, schrien nach Frieden. Warum schwiegen die Reformatoren oder priesen die Kriegersleute selig — wenn auch nur unter bestimmten Bedingungen? Kant hat geredet und die Utopisten und die Idealisten und die Sozialisten — wo blieben die Kirchen? An ihrem Rande haben Mennoniten und Quäker den Frieden bezeugt — wo war das Zeugnis der Großkirchen? Gandhi und Tolstoi, der Nichtchrist und der Außenseiter, haben im Horizont von Frieden gedacht, gehandelt und gelebt — für Kirchenleitungen und Kerngemeinden hörte die Welt an nationalen Grenzen auf, und der Friede war gut genug für die fromme Seele. Wo waren die Christen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wo die werdende Ökumene bei der Orgie von Gewalt, die wir Zweiten Weltkrieg nennen?

Der fromme Österreicher Bauer Franz Jaegerstetter weigerte sich, in Hitlers Armee Dienst zu leisten. Er wurde hingerichtet mit dem Segen der Kirche, die ein irrendes Gewissen witterte. Mit ihm mußten Hunderte

und Tausende das Leben lassen, die dem Krieg in die Speichen zu fallen suchten. Die Erinnerung an sie darf unser Gewissen nicht mehr zur Ruhe kommen lassen. Hitler und Stalin haben sie erschießen lassen — wir stecken sie ins Gefängnis und schreiben sie ab. Ist das so viel besser? Die Schweiz ist das einzige Land in Europa außerhalb der kommunistischen und der römisch-katholischen Länder, das die Mahnung der Verweigerer nicht erträgt und sie zu Verrätern macht. Warum ist die Interpretation nicht möglich, wie sie von juristischen Gutachten gefordert wird: Artikel 18 der Bundesverfassung überläßt die Bestimmung der Diensttauglichkeit der Gesetzgebung. Ist der nicht untauglich, der den Dienst mit der Waffe nicht tun kann? Und warum soll es nicht möglich sein, Artikel 18 zu ändern? Alle Vorstöße sind bisher abgeprallt. An unseren Vorurteilen oder an unserer Angst? An unseren fixen Ideen oder an unserer Unsicherheit? Oder gar an unserer Überheblichkeit und dem Aberglauben, daß in der Schweiz alles anders ist als auf der ganzen Welt?

Ein neues Denken zeigen dagegen die ökumenischen Verlautbarungen der letzten Jahre. Die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam stellte im Jahre 1948 fest: «Der Krieg als Mittel, die Konflikte zwischen Nationen zu lösen, ist unvereinbar mit der Lehre unseres Herrn Jesus Christus.» Ebenso erklärte das Zweite Vatikanische Konzil: «Jede Kriegshandlung, die auf die Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist.» Die Weltkirchenkonferenz von Evanston (1953) verlangte deshalb auch den Schutz derer, «die sich zu diesem persönlichen Zeugnis für den Frieden berufen wissen», nämlich zur Verweigerung des Waffendienstes. Das Konzil seinerseits forderte Gesetze für diejenigen, «die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, vorausgesetzt, daß sie zu einer anderen Form des Dienstes an der menschlichen Gemeinschaft bereit sind». Diesen Satz haben die schweizerischen Bischöfe in einer «Verlautbarung zur Frage der Kriegsdienstverweigerer» vom 7. März 1967 verschwiegen. Sie griffen mit dieser Stellungnahme in die damalige Nationalratsdebatte ein. Dagegen hat sich der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes seit einer Reihe von Jahren bemüht, einer neuen gesetzlichen Regelung für die Dienstverweigerer den Boden zu ebnet.

Die Weltkirchenkonferenz von Uppsala 1968 endlich legte fest: «Der Schutz des Gewissens erfordert, daß die Kirchen nicht nur die in den Streitkräften Dienenden seelsorgerlich betreuen und unterstützen, sondern auch jene, die vor allem auf Grund der Art moderner Kriegsführung die Teilnahme an bestimmten Kriegen verweigern, die sie aus Gewissensgründen meinen ablehnen zu müssen, oder die sich aus Gewissensgründen nicht in der Lage sehen, Waffen zu tragen oder überhaupt Wehrdienst in ihrem Lande zu leisten. Zu solcher Unterstützung gehört auch ein Druck auf den Gesetzgeber, um die etwa erforderlichen gesetzlichen Än-

derungen zu erreichen. Der Schutz sollte sich auch auf alle die Menschen erstrecken, die sich in bezug auf die wissenschaftliche Arbeit zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Gewissensnot befinden.»

Verräter oder Mahner? Feldprediger-Hauptmann Paul Huber hat die Frage beantwortet: «Wir haben die Pazifisten nötig, das heißt nicht ihre Theorien, aber ihre Praxis. Den theoretischen Pazifismus lehnen wir ab. Aber um der Sache des kommenden Reiches willen muß die Gemeinde Jesu Christi praktisch mit der Möglichkeit christlicher Pazifisten rechnen, welche zeichenhaft für das verheißene Reich reden und handeln. Wir bedürfen ihrer deswegen, weil sie als Einzelgänger die Allgemeinheit zur Sache rufen, auch wenn sie ihr mahnendes Zeichen auf unbequeme und eigentümliche Weise aufrichten.»

Verräter oder Mahner? Sollen nur Christen Mahner sein können? Sind wir privilegiert, mit Zeichen auf Anderes, Neues, Kommendes zu zeigen? Unsere vollamtlichen Funktionäre mit der Dienstbefreiung zu bevorzugen — genügt das nicht? Ist nicht das schon zuviel für einen, der den Namen Christ trägt, der sich gerade aller Privilegien begab? Hat nur der Christ das Recht auf Gewissensnot und also nur der Dienstverweigerer aus religiösen Gründen, nicht aber der aus politischen Gründen? Hat Politik kein Gewissen? Kann nur das Jenseits in die Not des Gewissens führen? Das Diesseits macht uns doch Mühe — Christen und Nichtchristen —, es führt in Gewissensnot, es macht neues Denken notwendig.

In: Politische Gottesdienste in der Schweiz.
1971. Friedrich Reinhardt Verlag Basel. Fr. 12.80

Wollen Sie human sterben?

«Es ist nicht einzusehen, wo der Unterschied zwischen einer tödlichen Kugel, einer verderbenbringenden Granate oder eben einem tödlichen Gas oder anderen chemischen Kampfmitteln zu suchen wäre, so lange wenigstens, als es auf den Feind und nicht auf eine unschuldige Zivilbevölkerung gerichtet ist.» Diesen Satz finden Sie in der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift», Nr. 1, Januar 1971, unter dem Titel: «Eigene chemische Waffen — ein Gebot der Wirklichkeit».

Eine Frage an den Verfasser des vorerwähnten Satzes: Inwiefern ist der «Feind» schuldiger als die «unschuldige Zivilbevölkerung»? Besteht der «Feind» nicht auch aus Gliedern der gegnerischen Zivilbevölkerung, die allerdings durch den Militärzwang, meistens gegen ihren Willen, zum «Feind» gepreßt wurde? Inwiefern ist der «Feind», in diesem Zusammenhang, schuldiger oder unschuldiger als die «Zivilbevölkerung» und dann dies erst noch im Zeitalter eines drohenden Atomkrieges, wo unter dem Bild des «totalen Krieges» der Krieg besonders gegen die Zivilbevölkerung geführt wird?

Der Artikelschreiber führt solche logischen Purzelbäume nicht zur

Gedankengymnastik auf, sondern weil er einen einzigartigen Artikel für das Arsenal unserer Landesverteidigung anpreisen möchte. So macht er weiter darauf aufmerksam: «Heute lassen sich chemische Kampfstoffe entwickeln, die den Gegner nur vorübergehend kampfunfähig machen. Erst mit der Chemie sind also in gewissem Sinne humane Waffen möglich geworden . . . Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir uns gegen diejenigen, welche unseren Frieden nicht achten, mit a l l e n möglichen wirksamen Waffen zur Wehr setzen m ü s s e n. Dazu gehören auch chemische Waffen.»

Zunächst, achten Sie bitte auf das «auch» im letzten Sätzchen. Was wird durch dieses gedeckt? Solches geht klar aus dem Artikel hervor. Nämlich, nachdem der Verfasser bakteriologische und atomare Waffen als «problematischer als die chemischen Kampfmittel» beschrieben hat, die «in ihrer Anwendung weit komplexer und schwerer zu kontrollieren» seien, sodaß man den Eindruck erhalten könnte, daß er von diesen die Finger lassen möchte, werde n wir aber unter Nr. 3 seiner Zusammenfassung anders belehrt. Dort lesen wir nämlich: «Daher sollten wir alle — auch die schrecklichsten — Waffen besitzen . . . so müssen wir uns wehren, mit a l l e n Mitteln». also auch mit bakteriologischen und atomaren!

Doch, fassen wir nochmals die chemischen Kriegsmittel ins Auge! Der Verfasser zählt auf und unterscheidet als chemische Kriegsmittel: tödliches Gas und humane chemische Kriegsstoffe, «die den Gegner nur vorübergehend kampfunfähig machen». Diese letzteren würden sich vor allem unseren Feinden gegen uns empfehlen, weil sie durch ihren Einsatz «möglichst viel vom schweizerischen Industriepotential unversehrt in die Hand bekommen» könnten. «Was wäre da geeigneter als der massive Einsatz chemischer Kampfmittel?»

Was soll dies nun bedeuten? Soll dies heißen, daß unsere Feinde «humane» chemische Kriegsmittel einsetzen werden, wir dagegen, die wir uns dann in der Abwehr befinden würden, sollten «tödliche» chemische Kriegsmittel einsetzen dürfen? Wobei wir uns, wenn wir solche in unseren Arsenalen vorrätig hätten, sollen des getrösten dürfen, daß «eigene chemische Waffen . . . einen chemischen Angriff nicht auf uns ziehen» werden, weil «eine stark bewaffnete und gut ausgebildete, respekteinflößende Armee uns vor einem Angriff bewahren kann». Müßte aber nicht gerade, unter einer solchen Voraussetzung unserer Abwehr, der Feind gezwungen sein auch seine «tödlichen» chemischen Kriegsmittel einzusetzen, um unsere Abwehr zu durchbrechen, wenn ihm daran gelegen ist? Demnach, unsere «tödlichen» chemischen Kriegsmittel ziehen eben doch die entsprechenden auch beim Feinde an!

Oder können Sie sich vorstellen, daß beide Kriegsparteien nur «humane, vorübergehend kampfunfähig» machende chemische Kriegsmittel einsetzen würden? Zudem diese während der ganzen Kriegsdauer

durchhalten würden, trotz der gewöhnlich damit verbundenen Eskalation in den übrigen Kriegsmitteln? Dies wäre eigentlich ja eine schöne Zukunftsperspektive des Krieges: Die Heere und die Zivilbevölkerungen auf beiden Seiten der Kriegführenden würden für einige Stunden oder Tage chemisch beduselt schlafen! Wer weiß, vielleicht wäre eine solche Kriegführung gar nicht so unsinnig. Denn bekanntlich gibt der Herr den Seinen die guten Gedanken im Schlaf, d. h. daß es vernünftiger wäre gemeinschaftlich auf einen gerechten Frieden hin zu rüsten.

Schließlich aber, worauf zielt eigentlich der Verfasser des besprochenen Artikels? Einmal klar, daß «wir alle — auch die schrecklichsten — Waffen besitzen» sollen. Nehmen Sie ihm dies ab, als Bürger eines Nationchens zwischen zwei Blockgiganten?

Doch er geht noch auf einen weiteren, und wie es scheint, ersten Punkt aus, denn in seiner Zusammenfassung finden Sie unter Nr. 1 folgenden Satz formuliert: «Die schweizerische Industrie wäre in der Lage, chemische Waffen aller Art zu entwickeln und herzustellen», wozu wir noch hinzuzufügen belieben, besonders bei ihrer ausgezeichneten Lage an der Rheingrenze, zunächst dem Ausland.

Was steckt hinter diesem Satz? Sucht die schwerreiche schweizerische chemische Industrie ihre Profitrate durch Lieferungen an die Eidgenossenschaft zu erhöhen? Sollen hier durch den schweizerischen militärisch-wirtschaftlichen Komplex, vor dessen Bruder in den USA schon Präsident Eisenhower gewarnt hat, politische Weichen gestellt werden?

Auf alle Fälle, es tut sich etwas! Im eigenen Interesse, zur Stärkung der Friedensbestrebungen in unserem Land und den übrigen Nationen, haben wir Schweizerbürgerinnen und -bürger alle diese angedeuteten hintergründigen Bestrebungen aufmerksam im Auge zu behalten, wenn wir inskünftig nicht sehr unliebsame Überraschungen erleben wollen.

Willi Kobe

Einladung zur Jahresversammlung

der Religiös-sozialen Vereinigung und der Vereinigung 'Freunde der Neuen Wege'

Wir treffen uns zur Jahresversammlung am **25. April 1971, 9.30 Uhr**, wie üblich im Hause des VHTL, gegenüber dem Bahnhof Wiedikon in Zürich

Vormittags öffentlicher Vortrag. Es spricht:

Fritz Vilmar, Frankfurt am Main

Privatwirtschaftliche Rüstungsinteressen — eine Bedrohung des Weltfriedens

Diskussion

Dr. Fritz Vilmar, geb. 1929, studierte Theologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft in Marburg, Hamburg und Frankfurt am Main, seither als freier Soziologe und Publizist tätig, Mitarbeiter verschiedener Monats-Zeitschriften und Rundfunkanstalten, Verfasser des Standardbuches «Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus».

Nachmittags: **Mitgliederversammlung**

Es lädt ein: Der Vorstand
